



Wir geben unsere Arbeitsplätze nicht her für Daimlers kriminelle Machenschaften

400 Fremdvergaben, also Werkverträge mit Niedrigstlöhnen und Leiharbeit, das ist es, was Daimler unter „*Konzentration auf das Kerngeschäft*“ versteht. Die komplette Logistik der Halle 93 soll abgestoßen werden und Hunderte weitere Arbeitsplätze sollen folgen. Längst angekündigt durch die Werkleitung für Presswerk, Rohbau, Montage ... spätestens mit dem Anlauf der Baureihe 206.

Wenn die Logistik nicht mehr zur Produktion gehört, dann erklären Sie mal, Herr Theurer, was eine Produktion ohne Logistik ist und was eine Logistik ohne Produktion! Richtig dagegen ist, dass Sie und Ihr ganzer Stab von hoch bezahlten Lakaien nicht einen Cent Mehrwert einbringen, also überflüssig sind, wie ein Kropf und nur von unser Hände Arbeit – auch der Logistiker – leben. Ihrer Fremdvergabe würde kein Mensch eine Träne nach weinen (aber wahrscheinlich würde sich auch keine Fremdfirma und auch kein Sklavenhändler finden, der so etwas übernimmt).

Nein, wir geben unsere Arbeitsplätze nicht dafür her, dass Daimler seine Milliardenstrafen für seine kriminellen Machenschaften bezahlen kann.

Nein, wir lassen uns als Arbeiter nicht in Sparten unter dem Dach einer Holding aufspalten, um für die Zukunft der Aktionäre und Investoren unseren Kopf hin zu halten, den sie uns dann – je nach Bedarf – abhacken.

Nein, wir zahlen nicht für Eure völlig veraltete, planlose und perspektivlose Autoindustrie, die am Ende angelangt ist. (Die Stückzahlabsenkung von über 8000 Autos ist nur der Anfang)

Ja, wir haben eine Zukunft vor uns und die lassen wir uns von Euch nicht nehmen.

Wir wissen was wir, was die Gesellschaft braucht: Zum Beispiel vernünftige Verkehrsmittel, wie Bahnen, Schnell- und U-Bahnen, die uns von Staus, Krankheit, Parkplatzsucherei und vor allem von Euren kriminellen Machenschaften befreien. Dreieinhalb Jahre sind vergangen seit dem Streik der Nachtschicht gegen Fremdvergabe und Leiharbeit. Den haben wir nicht vergessen und die Fehler, die wir gemacht haben, werden wir nicht wiederholen, genauso wenig, wie wir die Tatsache verschweigen, dass wir danach immerhin für 3,5 Jahre keine größere Fremdvergabe hatten. Das Schweigen der VKL, das hilflose Schulterzucken der Betriebsratsmehrheit und die Krokodilstränen von IGM-Bevollmächtigten gestatten wir nicht. Wenn eine Gewerkschaft mit 2,2 Millionen Mitgliedern und prall gefüllten Streikkassen nichts anderes zu sagen hat, als „*Wir sehen das kritisch*“ (Volker Stahmann in Weserkurier vom 6. Juni 2018) und darauf hofft, „*mit dem Unternehmen in Verhandlungen gehen zu können*“ (ebenda), der führt die Belegschaft bewusst in die Niederlage und hat somit sofort seinen Hut zu nehmen.

Aber wir werden uns nicht, wie die Lämmer zur Schlachtbank führen lassen. Wir werden nicht darauf warten, dass die IGM den Ernst der Lage erkennt und die

Betriebsratsmehrheit merkt, dass man diese Lage nicht schön verhandeln kann (da können wir nämlich ewig warten). Deswegen müssen wir uns organisieren und den Kampf um unser aller Zukunft in die Hand nehmen. Welche ersten Schritte dazu nötig sind, wollen wir mit euch beraten, aber auch über den Ausweg aus dieser Serie von Fremdvergaben, die gerade erst ihren Anfang nimmt.

Das Ziel muss sein den Streik zu organisieren, bis die 400 Fremdvergaben vom Tisch sind, unter Einbeziehung aller Schichten und letztendlich der gemeinsame Streik aller Betriebe, von VW bis Opel und BMW gegen Fremdvergabe und Leiharbeit.

Deswegen kommt am 18. Juni, um 12:00 oder 19:00 Uhr ins Bürgerhaus Hemelingen (Godehardstr. 4)

P.S: Es ist eine bewusste Lüge, wenn von der Werkleitung und ihren Nachbetern behauptet wird, dass mit der Fremdvergabe keiner seinen Arbeitsplatz verlieren würde. Auf jeden Fall wird es Hunderten von Leiharbeiter-Kollegen die Existenz kosten. Aber in den Augen dieser Herren ist das ja normal, Belegschaften zu spalten in Geknechtete und Sklaven. Unsere Antwort: Wir stehen zusammen, **ob Leiharbeiter oder „Stamm“-Beschäftigter**, denn **wir sind eine Klasse** und wir werden handeln wie eine Klasse.

Investitionen in die Zukunft statt in den Wahnsinn

„Daimlers Elektroauto lässt auf sich warten“, heißt es in der Presse. Was ändert das Elektroauto am automobilen Wahnsinn? Nichts, außer, dass wir die doppelt und dreifach Gearschten sein werden, wenn wir die Automafia nicht endlich stoppen. Wir werden künftig elektrisch im Stau stehen und außerdem werden Hunderttausende auf die Straße fliegen. Für diese Erkenntnis hätte man nicht auf die neuesten Studien warten müssen, die das bestätigen. Was die IG Metall, die das längst wusste, veranstaltet ist ein mieser Treppenwitz. Qualifizierung ist ihr Rezept für unsere Zukunft. Qualifizierung

Hunderttausender wozu? Zum Arbeitslosen, für Bewerbungsgespräche, zum Leiharbeiter? Wir haben nichts gegen Qualifizierung, weil es immer offensichtlicher und dringender wird, dass wir die Produktion umstellen auf vernünftige Verkehrsmittel, die allen nutzen, statt Millionen zu schaden: Die Bahn. Da gibt es Arbeit satt, da werden die Hunderttausende gar nicht ausreichen, um Schienen, Tunnels, Waggons und Triebwagen zu bauen und alles, was dazu gehört. Dazu lassen wir uns gern qualifizieren, sofern wir es nicht schon sind. Eine Investition in die Zukunft und nicht in den Wahnsinn.

„Einigung bei Opel“ - ein Pyrrhus-Sieg, der uns alle angeht

Mitte April sind die Arbeiter in Eisenach auf die Straße gegangen, als sie von der drohenden Schließung des Werkes hörten. Sie haben dafür gekämpft, weiter Autos bauen zu dürfen, trotz rapide sinkender Verkaufszahlen. Die Märkte sind übervoll, genau wie die Straßen. Jetzt gibt es eine „Einigung“ zwischen IG Metall und Kapital:

3.700 Arbeiter weniger wird Opel künftig ausbeuten und den Rest mit weniger Geld und noch mehr Ausbeutung vorläufig weiter Autos bauen lassen, die kein Mensch mehr kauft, geschweige denn braucht. Die IG Metall hebt für die Arbeiter ihren gerade noch so groß gefeierten Tarifvertrag auf und tritt damit wieder eine

Konkurrenz zwischen den Belegschaften los, die den Krieg in der Autoindustrie noch mehr anheizen wird. Damit spaltet und atomisiert sie die Klasse weiter, wie bei der Leiharbeit und den Werkverträgen. Und letztendlich ist sie es selbst, die Zweck und Nutzen einer Gewerkschaft zerstört. Ein Pyrrhus-Sieg also, der die Arbeiterklasse teuer zu stehen kommt.

Was ist zu tun? Verhandlungen ohne Kampf können nicht zum Erfolg werden. Der Streik darum, weiter Autos bauen zu dürfen, obwohl sie gar nicht gebraucht werden, wäre aber auch von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen. Der einzige Weg ist der Streik um die Fabrik. Im Kampf um die Fabrik stellt sich auch die Frage: Was produzieren wir, was braucht die Gesellschaft? Ja, wir brauchen dringend vernünftige Transportmittel. Wir brauchen Bahnen, Schnellzüge, U-Bahnen. Dazu brauchen wir Triebwagen, Waggons, Achsen, Schienen, Tunnels und Maschinen, um all das herzustellen.

Arbeit ist also genug da, auch für die Zukunft, was man beim Auto mit Sicherheit nicht sagen kann. In diesem Kampf hätten die Automobilarbeiter die Sympathie breiter Teile der Gesellschaft auf ihrer Seite, genau so, wie die französischen Eisenbahner, die gegen die Privatisierung (und damit Vernichtung) der Staatsbahn streiken.

Die „Einigung“ bei Opel ist ein verzweifelter Klammern an die Vergangenheit, an das Alte. Genau so, wie wenn Betriebsräte und IG Metall bei Daimler in Bremen die gerade bekannt gegebenen über 400 Fremdvergaben als hinzunehmendes Übel für ein irgendwie geartetes Zukunftspaket verkaufen werden und mit allen Mitteln den Streik dagegen zu verhindern suchen. Ob bei Opel, VW, BMW oder Daimler – wir sind eine Klasse und haben gemeinsam eine Zukunft zu gewinnen, wenn wir uns organisieren und für eine Arbeiterpartei sorgen, die ihren Namen verdient hat.

Wie tief kann man eigentlich noch sinken?

IGM-Mitgliedschaft = Festeinstellung?

Da behauptet die Vertrauenskörperleitung in ihrer „Kopfstütze“ vom April doch tatsächlich, sie hätte sich für die Wandlung der Leiharbeiter „stark gemacht“ und empört sich nun darüber, dass die übernommenen Kollegen nicht Mitglied der IG Metall werden! Mehr noch, sie fordert vom Betriebsrat *„in Zukunft nur noch Kolleginnen und Kollegen zu wandeln, die Mitglieder der IG Metall sind“*.

Die IG Metall also als Übernahme-Versicherungsverein? Werte VKL, habt Ihr Euch einmal im Leben darüber Gedanken gemacht, warum die Kollegen Leiharbeiter einem solchen Verein nicht beitreten? Ist es nicht die IG Metall, die mit hilft, das Verbrechen Leiharbeit zu „regulieren“, anstatt es zu bekämpfen? Sind die Betriebsräte nicht alle IG Metall, die der Ausweitung der Leiharbeit im Werk ständig zustimmen? Ist es nicht die VKL selbst, die mit schuldig ist an der Spaltung der Belegschaft, weil sie jeglichen

Kampf gegen Fremdvergabe, Werkverträge und Leiharbeit verhindert und stattdessen hilflos mit den Schultern zuckt? Wer hat denn die Nachtschicht vor 3,5 Jahren verteufelt und ist über 1.000 Metallern in den Rücken gefallen, weil sie gegen Fremdvergabe und Leiharbeit gestreikt haben? Hört auf mit Eurer Eierei und mit Eurer künstlichen Empörung über einen Zustand, den Ihr selbst mitverschuldet habt! Ihr habt jetzt ganz aktuell die Chance:

400 und mehr Fremdvergaben sind angekündigt, von denen die große Masse in Leiharbeit gehen wird. Organisiert den Streik dagegen – und Ihr werdet sehen, wie interessant die Gewerkschaft wird für jeden Einzelnen, der noch nicht organisiert ist. Leiharbeit ist die bewusste Spaltung der Arbeiterklasse. Kämpft endlich dagegen, bevor die Rechnung der Kapitalisten noch mehr auf geht und die Gewerkschaften sich selbst überflüssig machen!

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen

Kontakt: Jochen Kohrt, H3 (Tel. 90442) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H8, DNS / Gerhard Kupfer / Uwe Müller, H9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H7 (6679) / Sascha Heiner, LOG/Indir. (Tel. 8792), H9 und viele andere (Juni 2018)

E-Mail-Kontakt: redaktion-funke@mail.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, IBAN: DE37 2509 0500 0101 6379 91, U. Müller, Stichwort: Flugblatt

Der Kampf gegen den Notstand der Republik und gegen die Staatswillkür bedarf unserer revolutionären Organisierung

Nach jahrelangen systematischen Vorbereitungen* stehen wir heute, im Jahr 2018, an dem Punkt, an dem man feststellen muss, dass bürgerliches Recht zum alleinigen Recht der Herrschenden auf Willkür gegen die Arbeiter, gegen die Jugend, gegen das Volk verkommen ist.

Ob im Betrieb, in der Schule, auf der Straße oder in der eigenen Wohnung – jeder Bürger dieses Landes und vor allem auch jene, die in dieses Land fliehen mussten, in der Hoffnung, hier Schutz zu finden vor Verfolgung, Elend und Krieg, wird mit Dutzenden von neuen Gesetzen und Polizeiaufgabengesetzen zum potentiellen Straftäter, Gefährder oder Terroristen erklärt, gegen den Platzverweise, Aufenthaltsgebote und sogar Vorbeugehaft (lt. Bayerischem Polizeiaufgabengesetz praktisch auf unbegrenzte Dauer) verhängt werden können, ohne dass dieser je eine Straftat begangen hat.

Ist es der Handtaschendieb, gegen den die Polizei militärisch hochgerüstet wird mit schweren Panzerwagen, mit Handgranaten und Maschinengewehren? Gegen den notfalls auch die Bundeswehr eingesetzt wird? Ist es der Besoffene, der einen Polizisten anpöbelt, gegen den der berüchtigte §114 durchgepeitscht wurde, der mehrere Monate Knast vorschreibt, wenn ein Polizist sich bedroht fühlt? Ausdrücklich als Bedrohung ausgelegt werden kann demnach, wenn z.B. ein Demonstrationzug Streikender auf eine Polizeikette zu marschiert oder wenn ein Demonstrant sich mit dem Arm gegen einen Polizeiknüppel schützt.

Nein, es geht um mehr: Es geht darum, dass dieses kapitalistische System am Ende ist, ökonomisch wie politisch. Vorbei die Zeiten, in der Sozialpartnerschaft und Parlamentarismus ein „friedliches Miteinander auf Augenhöhe“ vorgegaukelt haben. Und somit geht es um jeden, der es irgendwie wagt in dieser Situation auch nur das Haupt zu heben gegen die Herrschenden. Gemeint ist vor allem auch die Arbeiterklasse, die sich mit Sicherheit nicht auf Dauer wird vom Kampf abhalten lassen, wie sie es heute noch tut. Die Herrschenden wissen und fürchten dies.

Der Kampf um unsere Gewerkschaften heißt zu aller erst, in den eigenen Reihen Ordnung zu schaffen

Organisieren unsere Gewerkschaften auch nur ansatzweise einen Kampf gegen diese Angriffe, gegen den Notstand der Republik, die letztendlich auch ihre eigene Existenz bedrohen?

Nein, im Gegenteil. Sie lassen sich von Polizei und Bundeswehr in die Feder diktieren, was sie zur Frage Krieg und Frieden zu sagen und zu fordern haben. Sie lassen hochrangige Polizisten an Stelle von kämpferischen Arbeitern reden auf den DGB-Kundgebungen am 1. Mai (vergangenes Jahr in Regensburg, 2018 in Bremen). Sie haben die Gewerkschaftshäuser längst geöffnet für die Arbeiterfeinde von Bundeswehr, Zoll und Polizei. Für eine GdP („Gewerkschaft der Polizei“), die die Militarisierung der Polizei und die gewaltsamen Attacken auf Gewerkschafter (z.B. in Hannover bei einer Demonstration gegen die AfD), Gewerkschaftsjugendliche (z.B. G20 in Hamburg) und Berufsschüler (z.B. in Nürnberg, als sie einen Mitschüler vor Abschiebung aus dem Klassenzimmer heraus schützen wollten), sowie die Aufmärsche gegen streikende Metaller (z.B. bei Zumtobel und Federal Mogul) mit zu verantworten hat.

Der Kampf um die Gewerkschaften braucht revolutionäre Arbeitergruppen

Organisieren unsere Gewerkschaften den Kampf unserer Klasse gegen die Klasse der Kapitalisten und deren Berliner Notregierung?

Nein, im Gegenteil. Sie „regulieren“ Leiharbeit, Werkverträge und andere Verbrechen, anstatt die Spaltung unserer Klasse mit allen Mitteln zu bekämpfen. Sie fördern die Tagelöhnerie durch Preisgabe der 35-Std.-Woche per Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung, anstatt die Pläne der Kapitalisten und ihrer Regierung zur Aufhebung des Arbeitszeitgesetzes mit allen Mitteln zu bekämpfen. Sie verhindern mit kleinen und betrieblichen Kämpfchen, die den Namen Streik wahrlich nicht verdienen, den gemeinsamen Kampf der ganzen Klasse. Sie degradieren uns zum faktischen Streikbrecher gegen andere Völker und verspielen so den letzten Rest des Respekts, mit dem kämpfende Gewerkschaften dumpfen Standort-Nationalismus, Rassismus und Faschismus nieder halten könnten.

Der Kapitalismus steht am Abgrund** und wir haben nur eine Wahl: Mit ihm abzustürzen oder ihm den nötigen Tritt zu verpassen. Die Zustände zu bejammern, genügt nicht. Wir müssen sie bekämpfen. Wir müssen sie ändern, jetzt und heute, Jung und Alt gemeinsam. Wir müssen uns selbst organisieren, im Betrieb, über den Betrieb hinaus, im ganzen Land, um den Kampf um unsere Gewerkschaften zu führen. Wir brauchen endlich wieder eine Kampfpartei der Arbeiterklasse, um den Kampf gegen die Berliner Notregierung zu organisieren.

Um darüber zu diskutieren, zu streiten und zu beraten, schlagen wir ein Zusammentreffen von Gewerkschaftern vor, die bereit sind, diesen Kampf mit uns zu führen.

Wenn Du dies auch so siehst und mit uns dafür bist, dass wir uns zu diesem Zweck noch in diesem Jahr zu einer Konferenz treffen, melde Dich beim

**Arbeits- und Koordinationsausschuss der Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik
c/o Rainer Herth, r@inerherth.de**

* Siehe unsere Dokumente der 1. bis 4. Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik seit 2008

** Es ist die Ökonomie, die die Politik treibt und bestimmt. Die bestimmende Industrie in Deutschland ist die Automobilindustrie. Sie selbst ist es, die tagtäglich auf den Straßen den Beweis liefert, dass der Individualverkehr ein längst überholtes Produkt der Vergangenheit ist und keinerlei gesellschaftliche Zukunft mehr haben kann. Sie selbst ist es, die bewiesen hat, dass sie nur noch mit kriminellen Methoden, mit Hunderttausenden von Kranken und Toten, sowie durch blanke Zerstörung überleben kann. Ihr blutiger Maximalprofit kann nur noch durch den Umbau des Staatsapparats, durch eine den Monopolen hörige Not-Regierung und durch staatliche Willkür aufrechterhalten werden. „Mitbestimmung“, Parlamentarismus und andere Verschleierungen der realen Machtverhältnisse werden mehr und mehr zum unnötigen Ballast. Ihr Überlebenskampf um das Alte setzt für uns in aller Schärfe den Kampf um das Neue auf die Tagesordnung.